

Pressemitteilung

Verbände fordern Klarheit und Verlässlichkeit für die Wärmewende

Berlin 4.3.2025 – In einem gemeinsamen Appell rufen die Verbände BDEW, BDH, BEE, B.KWK, BWP, DVGW, GdW, VKU, ZIA, Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e.V und ZVSHK die Bundestagsparteien und die künftige Bundesregierung dazu auf, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung entschlossen voranzutreiben – mit klaren, verlässlichen Rahmenbedingungen und einer praxistauglichen Strategie.

Mehr als die Hälfte der Endenergie in Deutschland wird für das Beheizen von Gebäuden sowie für Wärme- und Kälteanwendungen in Gewerbe und Industrie genutzt. Eine klimaneutrale Wärmeversorgung ist daher Grundvoraussetzung für das Erreichen der Klimaziele und das Gelingen der Energiewende. Doch bislang beträgt der Anteil Erneuerbarer Energien im Wärmesektor nur rund 20 Prozent.

Deshalb fordern die Unterzeichner des Appells:

- Treiben Sie die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung entschlossen voran.
- Vereinfachen Sie die Wärmewende für alle Beteiligten und sorgen Sie für die Kohärenz zwischen den Regelwerken.
- Schaffen Sie Klarheit und sorgen Sie so für Vertrauen.
Wir brauchen Klarheit bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen und keinen vollständigen Systemwechsel.
- Schaffen Sie Verlässlichkeit und eine schlüssige Strategie für eine nachhaltige Wärmeversorgung.
Menschen, Handwerk, Gewerbe, Handel, Industrie und die Energieversorgungsunternehmen brauchen Planungs- und Investitionssicherheit.
- Sorgen Sie für Kontinuität und Zuverlässigkeit für eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Ziel muss ein ausgereiftes und realistisches Gesamtkonzept für eine klimaneutrale Wärmeversorgung sein.

- Nutzen Sie die Chance der notwendigen Überarbeitung des GEG bis 2026. Dabei fordern wir eine realistische und praxisgerechte Gestaltung der Rahmenbedingungen, zugleich Kontinuität bei den wesentlichen Eckpfeilern.

Wärmewende sozialverträglich gestalten und Entbürokratisierung vorantreiben

Wichtig ist: Die Wärmewende muss sozialverträglich erfolgen. Die Kosten für Bürger müssen bezahlbar bleiben, während ein volkswirtschaftlich sinnvolles Gesamtkonzept entwickelt wird. Gezielte Förderung ist essenziell, um CO₂-Reduktionsziele zu erreichen und Strafzahlungen zu vermeiden.

Außerdem fordern die Verbände, die Entbürokratisierung der Wärme-wende in den Fokus zu nehmen. Die wachsende Zahl gesetzlicher Vorgaben erhöht den bürokratischen Aufwand für Unternehmen erheblich. Be-sonders das Gebäudeenergiegesetz (GEG) muss vereinfacht und praxis-tauglicher werden. Die Umsetzung der EU-Vorgaben bis 2026 bietet die Chance für klare, verständliche Regeln.

Den Verbändeapell finden Sie hier: [Appell-Zukunft-Waerme.pdf](#)

--

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 030/20 21 585 17
E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de

